

Bebauungsplanverfahren

Kein schnelles Aus für Leimbach

Von Guido Wagner, 28.09.11, 07:00h

Anders als vom Gros der Fraktionen im Vorfeld angekündigt, mottete die Ausschussmehrheit das bereits eingeleitete Bebauungsplanverfahren Nr. 89 für das Gewerbegebiet Leimbach-Nord nicht ein. Zumindest noch nicht.



Die Hoffnung der Gegner von Leimbach-Nord auf ein schnelles Aus für die Pläne blieb am Montagabend unerfüllt. (Archivfoto: Daub)

RÖSRATH „Die wollen uns hier doch echt veralbern“ war noch eine der mildereren Unmutsbekundungen, die zu hören waren, als am Montagabend mehrere Dutzend Leimbacher Anwohner den Sitzungssaal verließen. Aus Ärger darüber, dass „ihr“ Tagesordnungspunkt vertagt worden war.

Anders als vom Gros der Fraktionen im Vorfeld angekündigt, mottete die Ausschussmehrheit das bereits eingeleitete Bebauungsplanverfahren Nr. 89 für das Gewerbegebiet Leimbach-Nord nicht ein. Zumindest noch nicht. Man wolle erst die für Januar / Februar 2012 angekündigten ausführlichen Stellungnahmen zur Hochwasserproblematik von Aggerverband und Bezirksregierung abwarten, begründete Ausschussvorsitzender Wolfgang Büscher (CDU) nach einer noch vor der Sitzung anberaumten

„Mauschelpause“. „Einigen Fraktionen sind die bereits vorliegenden Stellungnahmen zu dünn“, sagte Büscher.

CDU: „Wir wollen Klarheit von den Behörden“

Es sei „eher mit einer Ausweitung der Überschwemmungsflächen für den Bereich Leimbach zu rechnen“, hatte die Obere Wasserbehörde bei der Bezirksregierung die Stadt Rösrath vorab wissen lassen. „Nach heutigem Erkenntnisstand ist davon auszugehen, dass nahezu die gesamte Fläche des Bebauungsplanes Nr. 89 bei einem 100-jährigen Hochwasser überflutet ist“, hatte sich die Untere Wasserbehörde beim Kreis geäußert. Und der Aggerverband hatte mitgeteilt, dass er wegen der Hochwasserproblematik „die Fortführung des Bebauungsplanverfahrens Nr. 89 Leimbach-Nord nicht befürworten“ könne.

Der Rösrather Stadtverwaltung hatte all diese Stellungnahmen zum Anlass genommen, um den Politikern vorzuschlagen, das Bebauungsplan-Verfahren nicht weiter zu verfolgen. Doch von denen wollten einige mehr.

Die für 2012 angekündigten detaillierteren Aussagen zum Hochwasserschutz seien auch für andere beantragte Bauvorhaben entlang der Sülz nötig, begründete CDU-Fraktionschef Erhard Füsser mit Blick auf weitere Bauanträge, die auf der Tagesordnung standen. So beispielsweise für ein Bauprojekt am Sülzbogen in der zweiten Reihe an der Bergischen Landstraße nur wenige hundert Meter sülzabwärts. „Natürlich haben wir den B-Plan im Prinzip beerdigt, aber wir wollen Klarheit von den Behörden“, sagte Erhard Füsser.

Aus dem gleichen Grund hatte FDP-Fraktionschef Erik Pregler eigentlich beantragen wollen, das Bebauungsplanverfahren ordentlich abzuschließen, um eine „rechtliche Hängepartie“ nicht nur in Leimbach zu verhindern. Für ihn war die bei vier Gegenstimmen (BfR und SPD außer Jürgen Bachmann) beschlossene Absetzung des Tagesordnungspunktes Leimbach-Nord daher auch eine „Basis, auf der man aufbauen kann. Zumindest wars keine direkte Ablehnung“.

Gespalten zeigte sich die SPD: Während sich Fraktionschef Dirk Mau „gegen jede weitere Verzögerung“ aussprach („Das bringt uns keine neuen Erkenntnisse“), betrieb sein Fraktionskollege Jürgen Bachmann die Vertagung mit. Zunächst müssten Fragen geklärt werden wie „Gibt es Vorkehrungen zum Hochwasserschutz der betroffenen Flächen?“, „Welche Kosten entstehen dadurch?“ und „Wie wirkt sich das Hochwasser auf die Anlieger der Sülz aus?“.

Hardy Schumacher (Grüne) respektierte zwar den zusätzlichen Informationsbedarf anderer Politiker und trug den Vertagungsbeschluss auch mit, weil es nach den demokratischen Gepflogenheiten üblich sei, einer Vertagung zuzustimmen, sobald eine Fraktion sie beantrage. „Das heißt aber nicht, dass wir für den B-Plan sind. Im Gegenteil: Wir lehnen ihn weiterhin ab“, gab er zu Protokoll.

Die zur Ausschusssitzung angereisten Bürger konnten die Verschiebetaktik der Politik unterdessen nicht nachvollziehen. „Fassungslosigkeit und Unverständnis“ machte Klaus Hasbron-Blume, Vorsitzender des Vereins „Lebenswertes Sülzta!“, bei seinen Mitstreitern aus. Das Abstimmungsverhalten sei ein „Debakel für die Glaubwürdigkeit der Parteien“.

<http://www.rundschau-online.de/jkr/artikel.jsp?id=1316702909702>

Alle Rechte vorbehalten. © 2011 **Kölnische Rundschau**